

türkei infodienst

NR. 93

ERSCHEINT 14-TÄGIG

22. OKTOBER 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Cumhuriyet vom 08.10.1984

Ilyas Has wurde hingerichtet

Der als Angehöriger von THKP/C Dev-Yol wegen des Mordes an einem Wächter zum Tode verurteilte Ilyas Has wurde in der geschlossenen Haftanstalt von Buca/Izmir hingerichtet. Ilyas Has war im Jahre 1955 geboren und wegen eines Mordes an dem Wächter Süleyman Tosun am 7.6.1980 durch das Militärgericht Nr. 2 in Izmir zum Tode verurteilt worden. Die Anordnung für die Hinrichtung war in der vorgestrigen Ausgabe des Amtsblattes veröffentlicht worden und die Hinrichtung erfolgte in den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages.

Anm.: Die anderen Tageszeitungen haben nur kurz die Hinrichtung erwähnt, wobei Tercüman die Hinrichtung schon am 07.10.1984 meldet, als die Veröffentlichung im Amtsblatt bekannt war. Dies ist um so erstaunlicher, als die Meldungen aus der Türkei hier in der Regel mit einem Tag Verspätung erscheinen, also die Vollstreckung eigentlich erst am 09.10.1984 hätte gemeldet werden sollen.

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 49 Menschen hingerichtet (darunter 26 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes in der Türkei Ende 1978 wurden 453 Todesstrafen verhängt.

BESTÄTIGUNGEN

Cumhuriyet vom 10.10.1984

28 Hinrichtungen warten im Parlament auf die Bestätigung

In dieser Meldung hat Cumhuriyet versucht, einen Überblick über jene Todesstrafen zu geben, die nach der Bestätigung durch die jeweiligen Kassationsgerichtshöfe an das Parlament weitergeleitet wurden und nach der Beratung im Rechtsausschuß der Vollversammlung des Parlaments zur Bestätigung vorgelegt werden, bevor sie endgültig durch den Staatspräsidenten ratifiziert werden. Neben den 28 Akten, die unmittelbar vor der Beratung im Rechtsausschuß stehen, meldet Cumhuriyet weitere 5 Todesstrafen, die erst vor kurzem an das Parlament weitergeleitet worden sind (nach unserem Archiv gab es die erste Zeitungsmeldung dazu am 03.09.84, tid). Ferner sind 5 Todesstrafen im Rechtsausschuß beraten und an das Parlament weitergeleitet worden. Hierunter befindet sich Mehmet Onur Miman, dessen Hinrichtung durch den Ausschuß abgelehnt worden war.

Ferner führt Cumhuriyet noch die Namen von 8 Personen auf, deren Hinrichtungsakten wieder aus der Beratung zurückgezogen worden sind. Dies würde eine Ge-

samtsumme von 46 Hinrichtungsakten vor dem Parlament ergeben. In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß es unterdessen wohl eine Gesetzesinitiative des MDP-Abgeordneten Falk Tarımcıoğlu gegeben hat, der für geständige Terroristen die Abänderung der Todesstrafe in eine lebenslängliche Haftstrafe gefordert hat. Als Erster soll nach dem Antrag des Militärgerichtes Izmir der Linke Ibrahim Yalcın Arıkan unter diese Regelung fallen. Er ist aber nicht unter jenen Personen, deren Akten aus der Beratung zurückgezogen worden sind.

Ein Vergleich mit unserer eigenen Statistik ergibt folgendes Bild. Der Name von Hidir Aslan, dessen Hinrichtung als Erste im Parlament befürwortet wurde, ist in der Meldung von Cumhuriyet nicht mehr aufgeführt. Des Weiteren fehlen die Namen von 2 der 6 in Istanbul zum Tode verurteilten Dev-Sol Angehörigen, die wegen dem Mord an Nihat Erim zum Tode verurteilt worden waren. Sie müßten sich unserer Statistik zufolge unter jenen befinden, deren Akten vorläufig zurückgezogen worden sind. Allerdings hat sich auch bei unserer Auflistung ein Fehler eingeschlichen, da wir 2 Todesstrafen bei der Bestätigung aufgrund der unterschiedlichen Meldungen zwei Mal gezählt haben.

Wenn wir also von einer Zahl von 49 bevorstehenden Hinrichtungen ausgehen, so deshalb, weil auch zurückgezogene Hinrichtungsakten jederzeit wieder in die Beratung aufgenommen werden können. In diesem Zusammenhang wird am 13.10.1984 gemeldet, daß auch die Akte für Ahmet Erhan aus der Beratung zurückgezogen wurde, obwohl sie schon durch den Rechtsausschuß bestätigt worden war.

Wer eine komplette Übersicht über die bevorstehenden Hinrichtungen mit dem Hintergrund der jeweiligen Täter haben möchte, sendet bitte 2,- DM in Briefmarken an die alternative türkeihilfe, Postfach 7088, 49 Herford.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

10.10.1984	1 Unpolitische	in Izmir
14.10.1984	13 Linke	in Istanbul

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.144 Fällen ein Antrag auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 03.10.1984

Im DISK-Verfahren stieg die Zahl der Angeklagten auf 611

Weil mit den Verfahren der DISK-Gewerkschaften Taper-Is und Yeni Haber-Is ein offensichtlicher Zusammenhang mit dem zentralen DISK-Verfahren besteht, wurden diese Verfahren zum DISK-Verfahren gelegt, so daß nun die Verfahren von 11 Einzelgewerkschaften mit dem Hauptverfahren verbunden worden sind. Für die Gewerkschaft Taper-Is sind 14 Personen angeklagt, während es bei Yeni Haber-Is 23 Personen sind. Im DISK-Verfahren ist damit die Zahl der Angeklagten auf 611 gestiegen, von denen in 78 Fällen die Todesstrafe gefordert wird.

Cumhuriyet vom 03.10.1984

Der Militärstaatsanwalt forderte zwischen 3 und 10 Jahren für Alpdündar

Mehmet Alpdündar, einer der Gründer von DISK, hat vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul einen Prozeß wegen Beleidigung der Regierung und des Lobes einer Straftat. In seiner Anklageschrift führt der Militärstaatsanwalt aus, der Alpdündar am 21.03.1984 einen eingeschriebenen Brief an seine Tochter Latife Geckin geschickt habe. Damit habe er die Absicht verfolgt, daß dieser Brief nicht seine Tochter, sondern die Gefängnisleitung erreicht. Die Überzeugung, daß dieser Brief seine Tochter nicht erreichen werde, habe er in dem Brief auch selber zum Ausdruck gebracht.

Cumhuriyet vom 04.10.1984

Ein 14-jähriges Verfahren wurde nun an das Militärgericht geschickt

Das Verfahren wegen der Vorfälle vom 15. und 16. Juni, das nun schon annäherungsweise 14 Jahre mit 42 Angeklagten dauert, wurde gestern vor dem 4. Strafgericht von Istanbul fortgeführt. Das Verfahren hatte im Juli 1970 begonnen. Gegen die Angeklagten werden Strafen zwischen 2 und 4 Jahren gefordert. Die Anwälte beantragten die Einstellung des Verfahrens, da die Straftat unter die inzwischen gewährte Amnestie falle. Das Gericht beschloß, eine Auskunft bei dem Militärgericht einzuholen, ob es einen Zusammenhang mit dem DISK-Verfahren gibt und vertagte sich auf den 12. Dezember 1984.

Cumhuriyet vom 04.10.1984

Das PKK-Verfahren der Gruppe Mardin

Das Verfahren gegen die Angeklagten der illegalen, separatistischen Gruppe PKK, die in der Öffentlichkeit als Apocus bekannt ist, wurde auf den 2. November 1984 vertagt. An diesem Tag soll das Urteil verkündet werden. Der Militärstaatsanwalt hatte in seinem Plädoyer bei 916 Angeklagten für 95 Angeklagte die Todesstrafe gefordert, 23 Angeklagte sollten zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt werden, während 135 Angeklagte einen Freispruch erhalten sollen. Für die übrigen Angeklagten sind Strafen zwischen 6 Monaten und 24 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 05.10.1984

Die Verfahren von 4 Einzelgewerkschaften wurden mit dem DISK-Verfahren zusammengelegt

Im DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurden die Verfahren gegen die DISK-Gewerkschaften Dev Maden-Sen mit 21 Angeklagten, Sosyal-Is mit 33 Angeklagten, Devrimci Yapi-Is mit 33 Angeklagten und Genel-Is mit 62 Angeklagten mit dem Hauptverfahren zusammengelegt. Dadurch hat sich die Zahl der Angeklagten auf 760 erhöht. Von den 30 Einzelgewerkschaften der DISK sind damit die Verfahren von 14 Einzelgewerkschaften mit dem zentralen Verfahren verbunden worden.

Tercüman vom 05.10.1984

Anwalt von Türkes: Mein Mandant wird es noch erleben, daß seine Ideen an der Macht sind

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen hat der Anwalt von Alpaslan Türkes einen Antrag

auf Haftentlassung gestellt. In seinem Antrag führte er aus, daß bei seinem Mandanten keine Fluchtgefahr bestehe, denn Türkes werde gewiß nicht ins Ausland gehen. Er werde in der Türkei warten, bis seine Ideen an der Macht sind. Sein Mandant sei nun schon seit 5 Jahren inhaftiert und die letzten Jahre seines Lebens seien nicht wieder gutzumachen, sagte er.

Cumhuriyet vom 05.10.1984

2 mal lebenslänglich

Im Verfahren gegen THKO-Türkiye Devrimin Yolu mit 13 Angeklagten vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul wurde nun das Urteil verkündet. 2 der Angeklagten wurden zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, 6 Angeklagte erhielten eine Strafe zwischen 4 und 15 Jahren, 1 Verfahren wurde eingestellt, 1 Verfahren abgetrennt und 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Tercüman vom 06.10.1984

Lebenslänglich für 5 Terroristen

Das Verfahren gegen 138 Angeklagte der illegalen Organisation THKP/C Devrim Savascilari, die an den Vorfällen von Kahramanmaraş beteiligt waren, ging vor dem Militärgericht in Adana zu Ende. 5 Militante erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe, 52 Militante wurden zu Strafen zwischen 3 und 16 Jahren verurteilt und 77 Personen wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 06.10.1984

Das MHP Verfahren

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen wurde die schriftliche Aussage von Mustafa Pehlivanoglu, die er vor seiner Hinrichtung gemacht hatte, verlesen. Darin heißt es, daß die Aussage: *'Erschießt jeden, der sich von der Sache abkehrt'* von Alpaslan Türkes stammt. Pehlivanoglu bezeugt, daß es eine enge Verbindung zwischen der MHP und den Idealistenvereinigungen gibt, d.h. daß sie an die Jugendorganisation der MHP angeschlossen waren. Der Aussage von Pehlivanoglu zufolge sind die Angeklagten Muhsin Yazicioglu und Sevkettin Cetin für viele Mordanschläge und andere Aktionen verantwortlich. Die bei diesen Aktionen benutzten Waffen hätten in der Organisation ständig den Besitzer gewechselt. Dies alles sei immer auf Befehl des Vorsitzenden persönlich erfolgt.

Ein weiterer Zeuge, der Major Mehmet Alanyuva gab an, daß er einen Brief an Türkes geschrieben habe, und ihn um Maßnahmen gegen die anwachsende kommunistische Gefahr gebeten habe. Türkes sei sein Lehrer gewesen und er habe nie eine undemokratische Handlung bei ihm beobachten können.

Cumhuriyet vom 06.10.1984

Das Dev-Yol Verfahren von Aydin ging zu Ende

Das Verfahren gegen 7 Angeklagte von Dev-Yol aus Aydin ging vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir zu Ende. Alle 7 Angeklagten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. In einem anderen Verfahren wurde ein Angeklagter von Halkin Kurtulusu wegen eines Mordversuches zu einer Strafe von 14 Jahren verurteilt. Ein zweiter Angeklagter wurde freigesprochen. Schließlich wurde noch ein Angeklagter wegen Kommunismuspropaganda an der Schule in Usak zu einer Strafe von 11 Monaten und 16 Tagen verurteilt.

Cumhuriyet vom 07.10.1984

2 Todesstrafen wurden in lebenslänglich verwandelt

Das Verfahren gegen 8 Angeklagte von Dev-Yol aus Antalya-Gaziosmanpasa wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir beendet. 2 der Angeklagten wurden zunächst mit dem Tode, wegen ihres Verhaltens vor Gericht dann aber mit einer lebenslänglichen Haftstrafe belegt. 6 Angeklagte erhielten Strafen zwischen 3 und 24 Jahren.

Unterdessen ging auch das Verfahren gegen 14 Angeklagte von Dev-Yol aus Soma vor dem Militärgericht in Izmir zu Ende. 2 Angeklagte erhielten Strafen von 4, bzw. 5 Jahren. 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 08.10.1984

Das Dev-Yol Verfahren Söke

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir endete das Verfahren gegen 11 Angeklagte von Dev-Yol aus Söke. 9 Angeklagte erhielten Strafen zwischen 3 und 24 Jahren, 2 Angeklagte wurden freigesprochen.

Unterdessen begann auch der Prozeß gegen 11 Angeklagte der Sozialistischen Vaterlandspartei (SVP) vor dem Militärgericht in Izmir. Wegen Aktivitäten nach dem 12.09.1980 wird gegen sie eine Strafe zwischen 5 und 12 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 09.10.1984

Haftentlassung von Bayhan ein 2. Mal abgelehnt

Der ehemalige Senator der MHP aus Nigde, Kudret Bayhan, muß weiter in Haft bleiben. Er war 1972 bei seiner Einreise nach Frankreich mit 146 kg Morfinbase gefaßt worden und dort zu einer Strafe von 15 Jahren verurteilt worden. 1977 hatte ihn ein Gericht in Istanbul zu einer Strafe von 20 Jahren verurteilt. Nun hatte der Staatsanwalt bei dem zuständigen Gericht in Afyon einen Antrag auf Haftentlassung gestellt. Dieser aber war abgelehnt worden. Nun hat auch das Strafgericht von Sandikli den Antrag abgelehnt, weil nach der Überzeugung des Gerichtes die Strafe erst nach 16 Jahren als verbüßt gelten kann. Die Staatsanwaltschaft kündigte unterdessen an, daß sie sich an das Justizministerium wenden werde, um eine Haftentlassung zu erreichen.

WDR IV vom 10.10.1984

Das Dev-Sol Verfahren

Das Verfahren gegen 20 Angeklagte der illegalen Organisation Dev-Sol vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara steht vor der Urteilsverkündung. In seinem Plädoyer forderte der Militärstaatsanwalt für 11 Angeklagte eine Strafe von 15 Jahren, für 2 Angeklagte eine Strafe zwischen 5 und 12 Jahren. Für 7 Angeklagte forderte er Freispruch.

Hürriyet vom 11.01.1984

Das Verfahren 'Friedensvereinigung 2' beginnt am 19. November

Das Verfahren gegen die Friedensvereinigung mit 48 Angeklagten, das unabhängig von dem Verfahren 1 geführt wird, wird am 19. November 1984 in dem Verhandlungssaal von Metris beginnen. Wegen eines Verstoßes gegen den § 141/1 u. 5 werden gegen die Angeklagten Strafen zwischen 5 und 15 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 11.10.1984

Das Verfahren gegen Jehovas Zeugen ging weiter

Das Verfahren gegen 31 Zeugen Jehovas, von denen sich 23 in Haft befinden, ging vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara weiter. In der gestrigen Verhandlung wurde eine Zeugin vernommen. Sie erkannte zwei der Angeklagten wieder und bezeichnete sie als Personen, die ihr ein Buch verkaufen wollten. Sie habe es auch gekauft und dann gesehen, daß es sich nicht um ein religiöses Buch gehandelt habe. Das habe sie bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Dort habe gestanden, daß sie Jehova besitzen würden und sie brächten die Nachricht, daß der jüngste Tag nicht kommen werde. Die Angeklagten hätten aber keinen Druck auf sie ausgeübt.

Daraufhin ergriff der Anwalt Sami Turgay Ünal das Wort und machte darauf aufmerksam, daß das entsprechende Buch vor dem Gericht in Eskisehir freigesprochen worden sei und sich auch nicht auf der Liste der verbotenen Bücher befinde. Die Angeklagten forderten ihre Entlassung aus der Haft. Das Gericht lehnte alle Anträge ab.

Tercüman vom 12.10.1984

Das Verfahren gegen die Friedensvereinigung begann erneut

Das Verfahren gegen die Friedensvereinigung, das am 14.11.83 durch ein Urteil abgeschlossen worden war, begann gestern erneut vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul, nachdem der Kassationsgerichtshof beschlossen hatte, daß die Ermittlungen in der 1. Instanz nicht ausreichend geführt worden waren. Zu dem Prozeß waren 17 inhaftierte Angeklagte, darunter auch der Vorsitzende Mahmut Dikerdem erschienen. Die zu 8 Jahren verurteilten Atao! Behramoglu, Nedim Tarhan, Sefik Asan und Aybars Ungan konnten an der Verhandlung nicht teilnehmen, weil sie sich auf der Flucht befinden. Von den 200 in dem Verfahren tätigen Anwälten waren 25 erschienen, unter ihnen auch die in dem Verfahren 'Friedensvereinigung 2' angeklagten Halit Celenk, Turgut Kazan, Atilla Coskun, Rasim Öz und Nezahat Gündogmus. Das Gericht beschloß über den staatlichen Rundfunk eine Annonce zu machen, damit alle inhaftierten Angeklagten zu dem Prozeß erscheinen und auch die Anwälte anwesend sind. Danach vertagte sich das Gericht auf den 30. Oktober.

Tercüman vom 12.10.1984

Apaydin wurde ein 2. Mal wegen Beleidigung des Gerichtes verurteilt

Das 3. Strafgericht in Kadiköy hat den Anwalt Burhan Apaydin ein zweites Mal wegen Beleidigung des Gerichtes am 5.10.1984 zu einer Strafe von 6 Monaten verurteilt. Aus strafmildernden Gründen wurde die Strafe sodann auf 5 Monate reduziert und zur Bewährung ausgesetzt.

Cumhuriyet vom 12.10.1984

Das Verfahren gegen Selda Bagcan wurde eingestellt

Das Verfahren gegen die Sängerin Selda Bagcan wegen des Lobens einer Straftat wurde vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul eingestellt, da die Straftat inzwischen verjährt sei. Sie war gemeinsam mit zwei Vertretern der Plattenfirma wegen der Langspielplatte Gald Galdi angeklagt worden. Diese Schallplatte war im Jahre 1975 aufgenommen worden. Der Militärstaatsanwalt hatte nach § 312 TSG eine Strafe von 2 Jahren, 8 Monaten gefordert. Nun erkannte das Gericht auf Verjähmung. In der Begründung heißt es, daß 9 Jahre nach der Veröffentlichung kein Verfahren mehr möglich sei. Es habe im Jahre 1981 eine Änderung des entsprechenden Para-

graphen gegeben. Bei der Veröffentlichung des Liedes sei demnach noch gar keine Straftat in dem Sinne möglich gewesen.

Hürriyet vom 13.10.1984

Ein Lehrbeauftragter, der das Gesuch der Intellektuellen unterschrieb, wurde entlassen

Dr. Sargut Sölcün, Dozent an der Universität Hacettepe in Ankara für deutsche Sprache und Literatur, wurde nun entlassen, weil er das Gesuch der Intellektuellen unterschrieben hat. Damit ist Dr. Sölcün der erste Wissenschaftler, der als Unterschreiber des Gesuches entlassen wurde.

WDR IV vom 13.10.1984

Zusammenlegung im DISK-Verfahren

Das DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde mit den Verfahren gegen weitere 4 Einzelgewerkschaften zusammengelegt. Es sind dies die Gewerkschaften Oleyis mit 54 Angeklagten, Ilerici Deri Is mit 13 Angeklagten, Toprak-Is mit 46 Angeklagten und Devrimci Saglik-Is mit 23 Angeklagten. Dadurch hat sich die Zahl der Angeklagten auf 896 erhöht.

Hürriyet vom 14.10.1984

Todesstrafe für 13 Dev-Yol'ler gefordert

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurde eine Zusatzanklage gegen 24 Angeklagte der THKP/C Devrimci Yol eröffnet. Für 13 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. Die übrigen Angeklagten sollen Strafen bis zu 24 Jahren erhalten. Auf diese Weise hat sich die Zahl der in Istanbul angeklagten Mitglieder von Dev-Yol auf 336, die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 58.

Auf der anderen Seite wird vor dem gleichen Gericht ein Prozeß gegen 23 Angeklagte der Vaterlandspartei durchgeführt. Diese Angeklagten sollen Strafen zwischen 8 und 15 Jahren erhalten.

Cumhuriyet vom 17.10.1984

IGD Izmir: 18 Verurteilungen

Das IGD-Verfahren von Izmir wurde nun zum 2. Mal mit einem Urteil abgeschlossen. Von den 27 Angeklagten wurden 18 zu verschiedenen Strafen verurteilt. 2 Angeklagte wurden freigesprochen. 2 Verfahren wurden aufgehoben, 3 Verfahren wurden abgetrennt und 2 Verfahren wurden abgelehnt.

e) VERHAFTUNGEN

4 führende Personen der TKP-B, von denen einige Tage zuvor etliche verhaftet worden waren, sollen sich im Ausland aufhalten. Das Zentralkomitee habe 14 Personen, von denen sich allein 10 in Deutschland aufhalten sollen, unter ihnen der Generalsekretär Ibrahim Seven. 2 der verhafteten 28 Parteiangehörigen sollen ausgesagt haben, daß man ihnen in Deutschland gefälschte Pässe beschafft habe und sie damit zu den Organisationsversammlungen nach Kadiköy geschickt habe, wo sie verhaftet wurden. Alle wichtigen Entscheidungen aber seien im Ausland gefällt worden (Tercüman vom 06.10.1984).

Im Zusammenhang mit der 'Säuberungsaktion' an der Grenzübergangsstelle Kapikule sind weitere 7 Personen festgenommen worden, die im Zusammenhang mit der

Entführung des Papstattentäters Mehmet Ali Agca und dem Mörder an Bedrettin Cömert, Üzeyir Bayraklı, stehen sollen (Hürriyet vom 07.10.1984).

In Istanbul sind 5 Mitglieder von Dev-Yol und 11 Mitglieder von TIKKO gefaßt worden. Dabei wurden viele organisatorische Dokumente beschlagnahmt. Die 10 männlichen TIKKO-Militante waren dabei, wieder in Aktion zu treten (Hürriyet vom 14.10.1984).

Bei einer Serie von Operationen wurden in Istanbul 13 Militante festgenommen, die der THKP/C ML Devrimci Halkin Yolu, mit neuem Namen Kommunistische Arbeiterbewegung der Türkei (TKIH) angehören. Sie hatten Versammlungen in Bursa/Uludag abgehalten und als Organisationsorgan 'Iscinin Yolu' vertrieben (Tercüman vom 18.10.1984).

f) FOLTER, HAFT ...

Cumhuriyet vom 04.10.1984

8 Polizisten wegen Folter erneut angeklagt

Wegen Mordes durch Folter an dem TIKB-Angehörigen Ataman Ince sind 8 Polizisten in Istanbul erneut angeklagt, nachdem ihre Freisprüche durch den militärischen Kassationsgerichtshof aufgehoben worden waren. Ataman Ince war kurz nach seiner Festnahme am 6.10.81 verstorben. Das Verfahren wurde auf den 12.11.84 verlagert.

Hürriyet vom 11.10.1984

Liebe der Todeskandidaten zum Theater

Gefangene in Metris, gegen die die Todesstrafe gefordert ist, die zu lebenslänglich oder langer Zuchthausstrafe verurteilt worden sind, kamen zu der Aufführung des Musicals 'Sage von Kesanli Ali' zusammen. Recep Sari von Dev-Sol spielte dabei den Kesanli Ali, Mehmet Altintas von TIKKO übernahm die Beleuchtung. In dem Stück 'Monsieur Grandet' von Semsi Ozkan (ML SPB) spielten insgesamt 33 Angeklagte der verschiedenen Organisationen mit.

Cumhuriyet vom 11.10.1984

Auch Untersuchungshäftlinge können Einzelzellenhaft erhalten

Im Rechtsausschuß wurde ein Gesetzesentwurf verabschiedet, daß auch Untersuchungshäftlinge in Zukunft Einzelhaft als Disziplinarstrafe erhalten können. Auf der anderen Seite konnte über den Gesetzesentwurf zur Strafmilderung bei geständigen Terroristen nicht beraten werden, da einige Mitglieder des Rechtsausschusses nicht in Ankara weilten. Der Entwurf sieht vor, daß bei geständigen Terroristen die Todesstrafe auf 10 Jahre Haft, eine lebenslängliche Haft zu 5 Jahren Haft reduziert wird.

DIE EREIGNISSE IN KURDISTAN

Nachdem bei der Reise von Staatspräsident Kenan Evren erneut in der Nähe von Evren Soldaten umgebracht worden waren, eskalierte die Auseinandersetzung im kurdischen Gebiet der Türkei vollkommen. Während Evren auf der einen Seite mit -vorläufig einer- Hinrichtung reagierte, kündigte Ministerpräsident Turgut Özal sofort an, daß auch er in das Gebiet fahren werde. Zusammen mit einigen Ministern und annähernd 50 Abgeordneten stattete er dann der Gegend einen Besuch ab. Allerdings fielen seine Äußerungen nicht so deftig aus, wie die des Staats-

präsidenten. Wie schon zuvor versuchte Özal zu beschönigen. Er sprach von einer Handvoll Verblender, die aufgrund des Durcheinanders in den Jahren 1978-1980 nun meinten, sie könnten wieder Anarchie und Terror im Lande verbreiten.

Wesentlicher aber waren die Informationen, die er von den militärischen Kommandanten und den Landräten in der Region bekam. Dieses Mal durfte auch die Presse diese Information abdrucken. So sagte der General Kenan Sancar in Semdinli, daß man inzwischen 121 Personen festgenommen habe. 13 Personen, darunter 8 die direkt an den Aktionen in Semdinli teilgenommen hatten, seien an die Kriegsrechtskommandantur in Diyarbakir weitergegeben worden. Von den derzeit noch in Polizeigewahrsam befindlichen 52 Personen seien 30 Angehörige der PKK. Sodann ging er auf den Hintergrund der Aktionen ein:

"Ein Streifen von 10-15 km im Nordosten des Iran und im Norden des Irak ist zu einem Gebiet geworden, in dem sich Separatisten und international gesuchte Verbrecher aufhalten. Die Barzani Kräfte gewähren ihnen Unterschlupf. Dieses Gebiet ist zudem noch sehr schwer zu kontrollieren. Obwohl unser Nachbar, der Irak, gegen die Barzani Truppen kämpft, hat es bisher nicht zu einem Erfolg geführt. Es halten sich hier sowohl Angehörige der armenischen Organisation ASALA, als auch 300-400 Terroristen, genannt Apocus, auf." (Tercüman vom 10.10.1984).

Nicht nur in der Türkei, sondern auch im Ausland machte die Aussage von Evren, daß nun auch Waffen an die Bevölkerung verteilt würden, einiges Aufsehen. Özal sprach nach einer Unterredung mit Evren sogar davon, daß denjenigen, die sich an der Jagd nach den Räubern beteiligen würden, auch Geld zahlen könne (Tercüman vom 08.10.1984). Die Grundlage für eine solche Handhabung ist ein Gesetz aus dem Jahre 1923, als Atatürk im Befreiungskrieg die Unterstützung von bewaffneten Banden zu Hilfe nahm. Das Gesetz, das nun die Nummer 442 trägt, ist überschrieben mit **Gesetz zur Vernichtung der Räuber** und spricht im § 36, Absatz 10 davon, daß Räuber, die von der Bevölkerung gefangen werden, an die Regierung übergeben werden (Tercüman vom 09.10.1984).

Während des Besuches von Özal aber kam es erneut zu einem Vorfall. Am 09.10.1984 gerieten 10 Soldaten bei Cukurca/Hakkari in einen Hinterhalt. Dabei wurden 8 Soldaten und ein Unteroffizier getötet (Milliyet vom 11.10.1984). Diese Nachricht wurde praktisch in identischem Wortlaut in allen Presseorganen wiedergegeben. Milliyet macht zum ersten Mal am 12.10.1984 auf die Zusammenarbeit des Iran mit den Armeniern und Kurden aufmerksam. Der Führer der irakischen Kurden, **Nasir Pervari**, habe in seinem Exil in Teheran gesagt, daß er die separatistischen Bestrebungen der Armenier unterstütze. Zusammen mit Barzani habe man in Teheran eine Front 'Cephe -I Cud' ins Leben gerufen, um gegen den Irak zu kämpfen. Die Zeitung gibt ferner an, daß sich derzeit 20.000 irakische Kurden im Iran im Exil befinden.

Der nächste Vorfall ereignet sich am 10.10.1984 in dem Kreis Beytüşsebab. Hierbei wird ein Hauptmann getötet und ein Soldat verletzt. Daraufhin läßt die örtliche Kriegsrechtskommandantur verkünden, daß man die Terroristen solange verfolgen werden, bis sie kein Loch mehr finden, in das sie sich verkriechen können. Außerdem würden sie ihre gerechte Strafe erhalten (Cumhuriyet vom 12.10.1984).

Gleichzeitig meldet Tercüman, daß bei Operationen in Adyaman 2 Terroristen tot festgenommen worden sind. Außerdem habe man weitere Terroristen in großer Zahl verhaftet. Hürriyet meldet die Gesamtzahl der Verhafteten mit 5, darunter 2 tot festgenommen (14.10.1984).

In einem Interview mit Tercüman geht Özal auch auf den Plan ein, einzelne Dörfer umzusiedeln. Er dementiert

aber, daß dieses eine gewaltsame Aktion sei. In unzugänglichen Gebieten wolle man der Bevölkerung anbieten, in größere Zentren zu ziehen, sagt er (Tercüman vom 14.10.1984).

Hürriyet meldet am 15.10.1984, daß nun der Vorsitzende der HP, Necdet Calp, in dem Gebiet sei. Er käme aber nur schwer voran, weil die Straßen nicht in Ordnung seien. Man habe an der Stelle angehalten, an der 8 Soldaten getötet wurden. Dort sei neben Tomatenresten auch Papier von Maltepe-Zigarettenpackungen und Schokolade gefunden worden. Es stehe außer Zweifel, daß diese Leute, die 11 Schutzschilder zurückließen, gut ausgebildet gewesen seien.

Milliyet geht am 15.10.1984 noch einmal auf die Verbindungen zwischen Kurden und Armeniern ein. Einmal habe der inzwischen hingerichtete Armenier Ekmekciyan davon gesprochen, daß die Apocus ihnen bei dem Überfall auf den Flughafen Esenboga geholfen hätten, indem sie Wache gestanden haben. Der Führer der PKK, Abdullah Öcalan, habe sich mit verschiedenen armenischen Führern in Syrien getroffen, während seine Frau in Schweden ebenfalls gute Kontakte zur armenischen Untergrundorganisation unterhielt. Dies habe die Geheimpolizei von Schweden SEPO herausgefunden. Außerdem sollen bei den Nachforschungen der deutschen und schwedischen Polizei in diesem Zusammenhang Beweismittel für eine solche Zusammenarbeit gefunden worden sein.

Noch vor der Parlamentsdebatte greift Özal wieder in die Diskussion ein, indem er davon spricht, daß diese Vorfälle nur deshalb veranstaltet werden, um Unruhe zu verbreiten. Das ganze spiele sich aber einem Streifen von 20 km ab. (Tercüman vom 15.10.1984)

Am 13.10.1984 soll in der Provinz Erzurum, im Kreis Senkaya ein Haus mit Terroristen umstellt worden sein. Bei dem anschließenden Feuergefecht seien 3 Terroristen und ein Bürger getötet worden. Noch am gleichen Tag wird die Festnahme von 7 Terroristen gemeldet (Hürriyet vom 16.10.1984).

Milliyet wartet am gleichen Tag mit der Überschrift: *'Evren für die Sicherheit, Özal für die Wirtschaft'* auf und bezeichnet dies als ideale Arbeitsteilung.

Der Generalstabschef Necdet Urüg und Außenminister Vahit Halefoglu haben sich unterdessen im Irak für eine erneute Operation auf irakischen Gebiet stark gemacht. Noch bevor die Parlamentsdebatte am 17.10.1984 stattfindet, kann die 'Initiative Sonne' beginnen. Dies wird von Tercüman in der Weise gemeldet, daß die türkische Armee in den Irak einmarschiert sei (18.10.1984). In dieser Meldung heißt es weiter, daß weitere 16 Verräter gefaßt worden sind. Außerdem sollen sich in dem Streifen von 120 Länge und 30 km Breite (teils türkisch, teils irakisches Gebiet) 17.000 Peschmerge aufhalten. 400 davon seien PKK-Anhänger und 250 gehörten der ASALA an. Über den weiteren Verlauf der Operation waren bis zur Herausgabe des tid keine weiteren Meldungen erschienen.

Die Parlamentsdebatte verlief mit einer 50-minütigen Regierungserklärung von Turgut Özal und 10-minütigen Beiträgen der Führer der Oppositionsparteien sehr normal. Die Opposition warf Özal im wesentlichen vor, die Vorfälle zu verniedlichen. Außerdem forderte der Vorsitzende der HP, Necdet Calp, auch sozio-ökonomische Maßnahmen in dem Gebiet (WDR IV vom 17.10.1984).

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 05.10.1984

Das gemeinsame türkisch-amerikanische Programm gegen den Terrorismus

Stellvertretender Außenminister der USA, Richard Burt, sagte, daß im Falle der Bedrohung der Sicherheit der Türkei sie nicht zögern werden, die ihnen zufallende Aufgabe wahrzunehmen. Burt wies darauf hin, daß der Rauschgifthandel, der die ganze Zeit die türkisch-amerikanischen Beziehungen trübte, unterbunden werden konnte. Nun sei der Terrorismus an der Reihe. Burt gab bekannt, daß sie mit der Türkei an einem Programm des aktiven Konterterrorismus arbeiten. Bei einer Rede sagte Burt, daß sich die fundamentalistisch-islamischen Bewegungen gefährdend im Nahen Osten verbreiten würden und dies die Stabilität in der Region bedrohe. Die laizistische Türkei spiele wegen ihrer Beziehungen zur islamischen Welt und zum westlichen Bündnissystem eine überragende Rolle bei der Unterbindung dieser Gefahr.

Cumhuriyet vom 10.10.1984

Geberth: Gewöhnt euch an mehr Arbeitslose

Der Vorsitzende des Türkei-Konsortiums bei der OECD, Dr. Rolf Geberth traf zur Feststellung der ökonomischen Lage in der Türkei ein. Geberth sagte: *„Die Türkei wird in den kommenden Jahren noch mehr Arbeitslose haben. Mit der heutigen Wirtschaftspolitik kann nur der Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst werden.“*

Tercüman vom 11.10.1984

Die Griechen konnten unsere Jets nicht behindern

Das Wasser der Ägäis hat sich gestern merklich erhitzt, und türkische und griechische Jets spielten in der Luft Versteck.

Im Rahmen des NATO-Manövers „Demonstration der Entschlossenheit-84“ wurde gestern im ägäischen Luft- und Seeraum mit der Operation TASMO begonnen. Die Operation konnte gestern unter größten Spannungen abgeschlossen werden.

Das griechische Verteidigungsministerium gab bekannt, daß NATO-Flugzeuge den ägäischen Luftraum 7 Mal verletzt hätten.

Ferner wurde mitgeteilt, daß zwei türkische Flugzeuge vom Typ F-5 vorgestern 5 km an die Insel Inuson herangekommen seien. Ein türkisches Flugzeug würde von den griechischen Flugzeugen in die Flucht geschlagen, das andere hätte sich in die Höhe zurückziehen können.

Cumhuriyet vom 13.10.1984

Das Europaparlament stellt die Beziehungen nicht her

In einer hitzigen Sitzung des Europaparlaments wurde beschlossen, daß die gemischte Parlamentarierkommission der Türkei und der EG wieder gebildet werden soll, aber die Bildung und die Arbeit dieser Kommission bis auf weiteres nicht aufgenommen wird.

In dem Beschluß heißt es, daß die Arbeit der gemischten Parlamentarierkommission erst dann aufgenommen werde, wenn die Beziehung der Türkei auf der Regierungsebene wiederhergestellt und die Situation der Türkei im Europaparlament von neuem bewertet worden sei. Damit wurden die Türkei-Debatten bis auf weiteres vertagt.

Milliyet vom 14.10.1984

Der Türkei-Beschluß ist das kleinere Übel

Der gestrige Beschluß im Europaparlament wird von türkischen Politikern als das kleinere Übel und das erste Zeichen zum Besseren bewertet.

Hürriyet vom 15.10.1984

Die militärische Schenkung der USA wird an drei Bedingungen geknüpft

Die militärische Schenkung der USA an die Türkei wurde an drei Bedingungen geknüpft. In dem Beschluß werden eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 175 Millionen Dollar und eine Militärhilfe in Höhe von 700 Millionen Dollar vorgesehen. 215 Millionen Dollar der Militärhilfe sind Schenkung der USA. Dafür muß aber Präsident Reagan gegenüber dem Kongreß für die Türkei bürgen. Für die Schenkung muß Präsident Reagan den Nachweis erbringen, daß 1. die US-Administration zur sofortigen Annullierung der Ausrufung der Republik von Nordzypern energische Schritte unternimmt und Druck ausübt, 2. die US-Administration die Türkei aufruft, die UNO-Beschlüsse zur Durchsetzung einer einzigen Verwaltung in Nordzypern sofort und ohne Verzögerung zu gewährleisten, 3. die Türkei sich bemüht, die Aktionen der türkisch-zypriotischen Seite zum Gebiet Famagusta zu verhindern.

Tercüman vom 15.10.1984

Die Bundesrepublik finanziert 6 Großprojekte von uns

Die Bundesrepublik Deutschland wird im kommenden Jahr in der Türkei bei der Finanzierung von 6 Großprojekten behilflich sein und dafür 130 Millionen DM ausgeben. Die Kredite werden in erster Linie im Energie-, Transport- und Nachrichtenübertragungswesen angelegt werden.

Wirtschaft

Milliyet vom 11.10.1984

Die Aktien von 3 geschlossenen Banken werden nicht verkauft werden

Die drei Banken Hisarbank, Odibank und Istanbul Bankasi wurden letztes Jahr per Kabinettsbeschluß von der Landwirtschaftsbank übernommen. Bis heute konnten allerdings die Aktien dieser drei Banken nicht verkauft werden. Der Wert der Aktien, die von der Landwirtschaftsbank verwaltet werden, beläuft sich auf 3,1 Milliarden Lira.

Cumhuriyet vom 12.10.1984

In Gemlik wurden 7 Arbeiter in Polizeigewahrsam genommen

In den Betrieben der Stickstoffindustrie in Gemlik wurden 7 Arbeiter in Polizeigewahrsam genommen. Den Arbeitern wird vorgeworfen, eine Aktion zur Verlangsamung der Arbeit unternommen zu haben. Die Arbeiter heißen Sükrü Balci, Ali Keskin, Ahmet Karsol, Temel Eken, Ali Geyik, Faruk Tekemen und Bilgehan Öztürk.

Wie wir in Erfahrung bringen konnten, machten diese Arbeiter eine Stunde Mittagspause, obwohl im Arbeitsvertrag dafür nur eine halbe Stunde vorgesehen ist. Die Arbeiter beschuldigten ihre eigene Gewerkschaft Türk-Is mit Passivität.

Frankfurter Rundschau, 16.10.1984

Anlässlich der Vollstreckung eines Todesurteils in der Türkei hat die sogenannte Hirsch-Kommission, die im April und Mai dieses Jahres den Demokratisierungsprozess in der Türkei an Ort und Stelle untersuchte, einen Appell an den türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren und an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gerichtet mit dem Ziel, weitere Todesurteile zu verhindern. Nachstehend die Schreiben im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

gerade erreichte uns die Nachricht, daß der politische Gefangene Ilyas Has am 6. oder 7. Oktober 1984 getötet wurde, aufgehängt im Namen des türkischen Volkes.

Sie haben durch Ihre Zustimmung zur Vollstreckung des Todesurteils das letzte Hindernis beseitigt, das diesem inhumanen Akt staatlicher Gewalt noch entgegenstand.

Die demokratische Öffentlichkeit in unserem Land deren Bestandteil wir sind, sieht Sie als Verantwortlichen für die Vernichtung von Leben. Sie haben Demokratisierung versprochen und praktizieren Diktatur.

Die jüngste deutsche Geschichte hat uns, die wir Ihr Land als Beobachter in Militärgerichtsverfahren

besucht haben, empfindsam gemacht für staatlich angeordnete Vernichtung von Leben. Wir können und werden nicht schweigen, solange Sie nicht vor der Öffentlichkeit erklären, daß weitere Todesurteile nicht mehr vollstreckt werden.

Prof. Dr. Martin Hirsch, Bundesverfassungsrichter a. D., Karlsruhe, Dr. Jochen Zenker, Leiter des Gesundheitsamtes Bremen, Dr. Helmut Kramer, Richter am OLG Braunschweig, Michael Stallbaum, Richter am OVG Hamburg, Ulrich Vultejus, Richter am AG Hildesheim, Hartmut Fischer, Richter am VG Berlin, Dr. Jürgen Eckl, Gewerkschaftssekretär, Hannover; Rechtsanwalt Eberhard Schultz, Bremen; Rechtsanwalt Volker Ohr, Bremen; Rechtsanwalt Eckart Klawitter, Hannover; Rechtsanwältin Barbara Klawitter, Hannover.

Das Schreiben an Genscher ist von denselben Personen unterzeichnet:

Sehr geehrter Herr Außenminister, am 5.10.1984 hat der Deutsche Bundestag die Freigabe von Millionenbeträgen für die Militärregierung in der Türkei bewilligt.

Am selben Tage hat die türkische Regierung die Vollstreckung mehrerer Todesurteile angeordnet. Am 6. oder 7.10.1984 ist der politische Gefangene Ilyas Has hingerichtet worden. Das Leben von Hidir Aslan, Ahmet Erdağ, Feridun İhsanberkin, Fedat Yılmazsoy und Muzaffer Özlürk ist aktuell bedroht.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß die Verfahren, auf Grund derer die Todesurteile zustande gekommen sind, im höchsten Maße angreifbar

sind. Auch unabhängig davon ist die staatlich angeordnete Vernichtung von Leben zutiefst inhuman. Ein Staatsgebilde, das das Leben der Bürger nicht schützt, sondern vernichtet, darf von der Bundesregierung weder wirtschaftlich-finanziell noch moralisch unterstützt werden. Andernfalls trägt sie die Mitverantwortung für das Schicksal der toten und vom Tode bedrohten Gefangenen in der Türkei.

Verlangen Sie von der türkischen Regierung die sofortige Einstellung der Vollstreckung weiterer Todesurteile!

Verhindern Sie die Auszahlung der Gelder an die Türkei! FR

Neue Zürcher Zeitung, 18.10.1984

Bewaffnung der Bewohner osttürkischer Dörfer

Präsident Evren für Härte gegen kurdische Freischärler

C.I. Ankara, im Oktober

Ministerpräsident Turgut Özal, der bis anhin die am 15. August ausgebrochenen Unruhen in Ostanatolien heranzuspüren trachtete, sieht sich heute gezwungen, den Ernst der dortigen Lage zuzugeben. Vor zwei Monaten hatten kurdische Partisanen ostanatolische Dörfer überfallen und einen Unteroffizier sowie einen Soldaten umgebracht. Jetzt im Oktober haben sie - trotz den grossangelegten Militäroperationen, die seit Wochen gegen sie in Gang sind - zwei weitere Male in der Provinz Hakkari türkisches Militär angegriffen. Sie stürzten einen Hauptmann, einen Unteroffizier und insgesamt neun Soldaten. Offensichtlich wollten sie Präsident Kenan Evren herausfordern. Demar hatte eben während einer mehrstündigen Besuchsreise in den nördlichen Grenzprovinzen Ostanatoliens die Kurdenkämpfer als Terroristen bezeichnet und ihnen mit Ausrottung gedroht.

Evren und Özal in Ostanatolien

Nach dem jüngsten Anschlag hat Evren beschlossen, Zuflucht zu einem 1923 von Atatürk in Kraft gesetzten Gesetz zu nehmen. Der Republikgründer hatte damals Bauern in entlegenen Dörfern, wobei die Gendarmen kaum kommen könnten, mit Waffen ausgestattet, damit sie ihre Dörfer gegen die Überfälle der in den Bergen hausenden Räuber zu verteidigen vermöchten. Evren will heute mit dieser Massnahme Herr der Lage werden, weil der frühe Einbruch des

Winters in Ostanatolien den Einsatz der Gendarmerie in diesem gebirgigen Gebiet beträchtlich erschwert. Özal hat mit einer gewissen Reserve der Verfügung Evrens beigegeben, solche Bewaffnung von Dorfbewohnern ist in einem Rechtsstaat ungewöhnlich, ganz besonders in der Türkei nach der Intervention der Militärs von 1980, als alle Staatsbürger verpflichtet wurden, ihre persönlichen Waffen den Behörden zu übergeben. Die Türken auf dem Lande hatten bis dahin gewohnheitsmässig Waffen getragen, unter anderem um sich gegen Überfälle in Zusammenhang mit Familienfehden abzusichern.

Ein bekannter Kolonist der konservativen Zeitung «Tercüman», Rauf Tamer, hat diesen Plan Evrens heftig kritisiert. Er würde in der Bevölkerung Zweifel an der Staatsautorität wecken, und die Frage würde sich stellen, ob die Sicherheitskräfte nicht stark genug seien, um mit «einigen Räubern» fertigzuwerden. Der als linksorientiert geltende Professor Muztar Soyut hingegen widerlegt in seiner Spalte in der Zeitung «Milliyet» alle Kritik, indem er die Lage von einem pragmatischen Standpunkt aus betrachtet. Er schreibt, es sei begrüssenswert, dass das vor einigen Jahren verlorenes Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Bürgern durch die Bewaffnung von Zivilisten wiederhergestellt werde. Dieses neue Vertrauen in die Staatsbürger sei berechtigt, die Bevölkerung des von Terror angegriffenen und heimgesuchten Bezirks Erak (in der Provinz Sirt) habe schliesslich selbst den Terroristen Widerstand geleistet und

schwach besetzte Gendarmerieposten bewachen helfen. Soyut stimmt mit Evren auch in der Einschätzung der Lage in Erak und Schemzlini (Provinz Hakkari) überein; sie sei äusserst ernst, denn hier habe sich ein Guerillakrieg an mit Stützpunkten in Iran, im Irak und in Syrien. Die von dort über die Grenze operierenden Rebellen bekämen nicht nur Waffen, sondern genössen auch ärztliche Fürsorge.

«Prestige und Stabilität»

Ministerpräsident Özal hat sich nach den Vorfällen ebenfalls nach Ostanatolien begeben. Er erklärte die verschlechterte Sicherheitslage in dem Gebiete damit, dass wegen des irakisch-iranischen Kriegs weder Bagdad noch Teheran in

der Lage seien, in ihren Grenzgebieten Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Kurdische Partisanen könnten deshalb leicht die türkische Grenze überqueren. Ferner behauptete Syrien bewasse Terroristen und habe seine schützende Hand über sie. Es ist kein Geheimnis, dass in Syrien palästinensische Untergrundkämpfer, die angeblich auch zu der armenischen Kampforganisation Asala Verbindungen haben, ausgebildet werden. Auch Moskau soll Interesse an der Förderung von Terroristen in der Türkei gezeigt haben. Evren wies seinerseits auch auf die schädlichen Folgen des Golfkriegs für die Osttürkei hin. Aber sowohl Evren als auch Özal unterliessen es in ihren Ansprüchen vor der ostanatolischen Bevölkerung, diese letzten Terroraktionen mit Russland in Zusammenhang zu bringen. Özal erklärte, dass die Attentäter, die möglicherweise in Beziehung zur illegalen türkischen Kommunistischen Partei mit Sitz in Ostberlin stehen, «die rückständigen sozialen Verhältnisse in Ostanatolien auszunutzen trachteten; sie wollten die Bevölkerung für ihre «widerlichen Pläne» misbrauchen, die Staatsautorität zu erschüttern, die territoriale Integrität des Landes in Frage zu stellen und die Nation zu zersplittern. Darum sei seine Regierung fest entschlossen, den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau dieser Region ohne Verzug voranzutreiben. Sein Ziel sei, stabile Verhältnisse zu gewährleisten unter dem Motto «Prestige im Ausland - Stabilität im Innern».

Der Präsident gegen eine Amnestie

Präsident Evren hat in seinen Reden nach dem letzten Anschlag vor allem zur Härte gemahnt. Die kurdischen Rebellen, erklärte er, seien vom Ausland unterstützt und auch bezahlte Separatisten, die das Fortdauern des Angewandten in 41 Provinzen erstreben, um dadurch dem Ausland und den Türken das Versagen des parlamentarischen Mehrparteiensystems in der Türkei zu beweisen. Auf der anderen Seite gelte es aber auch, die fundamentalistischen Rechtsextremisten zu bekämpfen, die es auf die Zerstörung des türkischen Laizismus und der Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften abgesehen hätten. In dieser Bemerkung haben politische Beobachter eine Anspielung auf die Bemühungen der aufgelösten theokratischen Wahlpartei von Erbakan gesehen, in die Vaterlandspartei von Özal einzusickern.

Der Applaus, den Evren für seine Volkspannungen in Ostanatolien erntete, zeigte, dass die Bevölkerung unter dem Schock des Terrors für sein Rezept Verständnis hat. So sperrte der Präsident sich gegen eine Abänderung des Unversitätsgesetzes, das sämtliche Hochschulen einer zentralen Kontrolle unterstellt. Er erklärte, die Terrorbewegung habe 1979 in den Universitäten begonnen, und er übte heftige Kritik an jenen Lehrkräften, welche sich damals «passiv» oder gar wohlwollend gegenüber den Ausschreitungen verhalten hätten, die die Universitäten aus Orten der Lehre in Schlachtfelder verwandelten. Evren betonte auch, unter Bezugnahme auf die Verfassung, eine Amnestie für Terroristen und Anarchisten komme nicht in Frage. Die Oppositionsparteien im Parlament hatten längst zu einer Globalamnestie aufgerufen, und der Führer der im Parlament nicht vertretenen Partei für Soziale Demokratie, Erdal İnönü, war zu diesem Zwecke für eine partielle Änderung der Verfassung eingetreten. Evren erinnerte indes an die Amnestie von 1974 unter der Regierung Ecevit, welche die damals inhabierten Extremisten auf freien Fuss setzte, so dass sie sich besser denn je organisieren könnten. Entsprechend lehnte Evren kategorisch die Aufhebung der Todesstrafe ab, wie sie in einer Umschiffung von etwa 1000 Intellektuellen gefordert

worden war. Schliesslich verwarf der Präsident auch die Idee einer Vorverlegung der erst 1987 fälligen allgemeinen Wahlen, für welche die im Parlament nicht vertretenen Parteien werben. Die Türkei brauche jetzt Ruhe und nicht ein febriles Wahlklima.

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Cumhuriyet vom 15.10.1984

Özal besteht darauf: Das Kraftwerk wird in Gökova gebaut werden

Ministerpräsident Turgut Özal brachte erneut zum Ausdruck, daß das thermische Kraftwerk im Golf Gökova gebaut wird. Damit blieb den Bauern vom Dorf Türkevleri ihre eintägige Freude im Halse stecken.

Cumhuriyet vom 17.10.1984

Evren hat die Unterschriftensammlung gegen das Kraftwerk erhalten

Eine drei-köpfige Delegation hat dem Staatspräsidentenamt einen Antrag überreicht. Beim Antrag geht es um die Umwelt und Tourismus schädigenden Wirkungen des thermischen Kraftwerkes, das im Dorf Türkevleri in Gökova gebaut werden soll.

Tercüman vom 13.10.1984

Für das Kernkraftwerk wurde im Budget kein Fonds vorgesehen

Stellvertretender Ministerpräsident, Kaya Erdem, hielt gestern eine Pressekonferenz ab und machte zum Jahresstart 1985 und zum neuen Entwicklungsprogramm Erklärungen. Erdem gab bekannt, daß das neue Budget 5,508 Billionen betrage und eine Inflationsrate in Höhe von 25% vorgesehen sei. Als Ziel sei eine 5,5%-ige Wachstumsrate anvisiert. Der Export werde 8,3 Milliarden Dollar betragen und der Import 10,95 Milliarden Dollar. Ferner erklärte Erdem, daß das Teemonopol aufgehoben werden würde und im Budget vorläufig kein Fonds für den Bau der Kernkraftwerke vorgesehen sei.

Chaliand, Vanly, Kendal, Ghassemou u.a.

Kurdistan und die Kurden

„Das internationale Standardwerk über Geschichte, Ökonomie, Sozialstruktur, gegenwärtige Situation und die Befreiungsbewegungen der Kurden in Irak, Iran, Syrien, Türkei“ (Le Monde)

endlich auch in deutscher Sprache von kurdischen Wissenschaftlern verfaßt



Ich bestelle:

- Kurdistan und die Kurden, Band 1**, 480 Seiten, 200 Fotos und Karten, DM 9,80
- Kurdistan und die Kurden, Band 2**, ca. 250 Seiten, mit Fotos und Karten (erscheint Frühjahr 1985), ca. 10,- DM
- Kurdistan ohne Menschenrechte – Befreiung ohne Publizität**. Kurdenberichterstattung der Gesellschaft für bedrohte Völker 1970-1980, Großformat, ca. 100 Seiten (erscheint Ende 1984), ca. 12,- DM
- Die Yezidi. Religiös Verfolgte aus Türkisch-Kurdistan**, 150 Seiten, DM 10,-

Gesellschaft für bedrohte Völker

gemeinnütziger Verein
Postfach 2024, 3400 Göttingen
Tel. 05 51-5 58 22/23
Postscheck Hamburg 297793-207

IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig